

Neue Tarifverträge zur Leiharbeit – Chancen verspielt

Nun liegen neue Tarifverträge zur Leiharbeit vor. Ungeachtet aller Proteste werden sie wohl nach Ablauf der Erklärungsfrist in Kraft treten. Damit wird das System der Entlohnung in der Leiharbeit wieder für über 3 Jahre festgeschrieben. Es ist zum ersten Mal gelungen, in den Gewerkschaften und in einigen Medien zumindest eine öffentliche Diskussion über den Nutzen dieser Tarifverträge für die Leiharbeits-Beschäftigten und die Stammebelegschaften anzuregen. Die Diskussion erreichte in ver.di breitere Kreise, besonders auch von hauptamtlichen SekretärInnen. In der IG Metall war das Echo noch relativ schwach. Auf der IGM-Delegiertenversammlung im September 2013 in Stuttgart wurde eingeräumt, dass die Berichterstattung über die Tarifverhandlungen zu wünschen ließ.

Ergebnisse im Detail

- Der Mindestlohn im Westen liegt nun 8.50 €, im Osten bei 7,86 €. Damit verdienen viele Leiharbeiter immer noch so wenig, dass sie Aufstocker bleiben.
- Laufzeit: erst zum 31.12.2016 kann der Tarifvertrag gekündigt werden. Ursprünglich sollte die Laufzeit nur zwei Jahre sein.
- Die angestrebte Angleichung der Löhne in Ost und West in wenigen Jahren wurde nicht erreicht. Das Verhältnis der Ost-Einstiegsgehälter zu denen im Westen war bis jetzt: 91,6%, ab 1.1.2014: 92,5%, bis 31.12.2016: 94,4%.
- Verbesserungen im Lohnrahmentarif: Höhergruppierungen in den unteren Entgeltgruppen werden erleichtert und teilweise automatisiert.
- Ein Einsatz von Leiharbeitnehmern als Streikbrecher bei einem „ordnungsgemäßen“ Streik einer DGB-Gewerkschaft ist nun verboten.
- Arbeitszeitkonten sollen nicht mehr Verfügungsmasse des Verleihbetriebs sein, sondern es gibt Anspruch auf Auszahlung unter bestimmten Bedingungen und weniger Zwang zum Verbrauchen der Zeitkonten bei mangelnder Beschäftigung.



Bewertung

Die Verbesserungen im Entgeltrahmen- und Manteltarif sind nützlich. Trotzdem bleibt die grundsätzliche Kritik: Wenn nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) durch ersatzlose Kündigung der gesamten Tarifverträge Gleichbezahlung (Equal Pay) und Gleichbehandlung möglich wäre, warum handelt man dann an Einzelheiten?

Die unbefriedigenden Ergebnisse werden immer mit mangelnder Kampfkraft der Betroffenen begründet: LeiharbeiterInnen könnten praktisch nicht streiken. Aber es würde ein anderes Druckmittel geben: eben die ersatzlose Kündigung der Tarife. Dann würde wie im AÜG vorgesehen die Gleichbehandlung eintreten. Es ist klar, dass das einen erheblichen juristischen Aufwand und Gang durch die

Instanzen voraussetzen würde, aber dafür haben Gewerkschaften genügend Know-how, wenn sie es wollen. Aber es war offenbar nicht gewollt. Es wird zwar viel in den Gewerkschaften über die prekäre Lage der LeiharbeiterInnen geredet, aber es wurde offenbar nicht mit dem Ziel verhandelt, Leiharbeit in vollem Umfang an die Standardarbeitsverhältnisse anzugleichen. Die IG Metall benennt dieses Ziel zwar in ihrem Info zu den neuen Tarifverträgen, aber das klingt nach einem Lippenbekenntnis. Leiharbeit wird von vielen Betriebsräten insgeheim ganz gern gesehen, weil sie glauben, damit ihre Stammebelegschaft zu schützen.



Mit diesem Abschluss wurde eine weitere Chance vertan, für LeiharbeiterInnen equal pay durchzusetzen. Die Kampagne der Gewerkschaftslinken und des Stuttgarter Krisenbündnisses, sowie die Unterschriftensammlungen von ver.di-Funktionären gegen den Abschluss von neuen Tarifverträgen hat zwar zu etlichen Diskussionen in den Gewerkschaften geführt, war aber nicht stark genug, einen erneuten Abschluss zu verhindern.

Gertrud Moll, Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften

14. Bundesweiter Kongress der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken

Statt Abbau gestalten – gewerkschaftlichen Widerstand organisieren

Samstag, 9. November 2013 von 11.00 bis 19.00 Uhr

Sonntag, 10. November 2013 von 9.30 bis 14.00 Uhr

in **Bochum** im Kulturzentrum Bahnhof-Langendreer, Wallbaumweg 108

Der Einladungsflyer sowie weitere Infos unter:
www.labournet.de/GewLinke/

Anmeldungen und Rückfragen bitte an:

Forum gewerkschaftliche Gegenmacht Wiesbaden
Telefon: 0611/564648

e-mail: forum@gewi.de

Tarifrunde Einzelhandel: Kein Ende in Sicht

In der Tarifrunde des Einzelhandels ist auch nach 5 Monaten keine Lösung des Konfliktes in Sicht. In den ersten Verhandlungsrunden nach der Sommerpause, die in mehreren Bundesländern stattfanden, beharrten die Einzelhandelsbosse auf ihre Forderungen nach Verschlechterungen im Manteltarif- und Lohn- oder Gehaltstarifvertrag. Vor allem die Einführung einer neuen Niedriglohngruppe für AuffüllerInnen und die Streichung der Nachtarbeitszuschläge für diese Beschäftigten, scheint ihnen besonders wichtig zu sein.

Dahinter stehen knallharte Forderungen vor allem der Unternehmen, die die verlängerten Ladenöffnungszeiten bis 24 Uhr nutzen, da der Nachtarbeitszuschlag von 55 % schon ab 20 Uhr zu zahlen ist. Hier ist vor allem die Metro-Tochter real und die Supermarktkette Rewe zu nennen. In beiden Firmen werden nachts, durch Leiharbeitskräfte, die Regale aufgefüllt. Bisher bekommen diese ArbeiterInnen einen Lohn von 6,63 €, der nach einem Tarifvertrag, den die CGB Organisation DHV mit einem Logistikverband abgeschlossen hat, gezahlt wird. Würden diese ArbeiterInnen nach dem Einzelhandels-tarifvertrag bezahlt, bekämen sie einen Stundenlohn von etwas mehr als 12 € und den Nachtarbeitszuschlag von 55 %, macht zusammen 18,60 € die Stunde. Das ist eine Differenz von über 12 € pro Stunde. Da aber in den Leiharbeitsunternehmen, die diese Arbeit verrichten lassen, eine sehr hohe Fluktuation herrscht, und die vereinbarte Anzahl der ArbeiterInnen oft nicht anwesend ist, kommt es häufig zu leeren Regalen in den Supermärkten. Um aus diesem Dilemma und der Kritik an diesen Arbeitsverhältnissen heraus zu kommen sind die Einzelhandelsbosse auf die Idee einer neuen Niedriglohngruppe gekommen, in der die Kosten nicht höher sind als bei den Leiharbeitsunternehmen. Dies ist nur ein Beispiel für die Forderungen der Einzelhandelsbosse. Die Forderung nach Streichung von tariflichen Zuschlägen und der Einführung von Vertrauensarbeitszeit sind weitere Beispiele, warum es den Bossen geht: eine Absenkung der Personalkosten durch Lohnsenkung und einer totalen Flexibilisierung.

Spalten und Herrschen

Zum 1. August gab es in allen großen Einzelhandelsunternehmen eine einseitige Lohnerhöhung von 2,5 %, als so genannte freiwillige Leistung. Dies bestätigt noch einmal die Strategie der Einzelhandelsbosse in dieser Tarifrunde: sie wollen ver.di eine Lösung des Tarifkonfliktes nach ihren Bedingungen diktieren. Wieder einmal versucht ein Arbeitgeberverband durch knallharten Klassenkampf von Oben einer Gewerkschaft eine Niederlage beizubringen.

Das dies von ver.di nicht akzeptiert werden kann dürfte jedem Gewerkschaftsmitglied bewusst sein. Leider ist aber nicht zu erkennen, dass ver.di auf diese knallharte Kampfansage eine ebensolche Antwort bereit ist zu geben. Was sollen die Beteuerungen nach fairer Behandlung und fairer Bezahlung bei dem Verhalten des Einzelhandelsverbandes? Auch das Angebot, über den Manteltarifvertrag und eine neue Entgeltstruktur ab Januar 2014 zu verhandeln, wurde von den Unternehmern brüsk zurück gewiesen.

Klare Erwidern auf Kampfansage der Bosse notwendig

Was wir brauchen ist eine deutliche Erwidern auf die Kampfansage der Bosse. Insbesondere muss die Öffentlichkeit über die Strategie der Unternehmer unterrichtet werden. Es handelt sich hier um klassische Lohndrückerei und eine Erhöhung der Ausbeutungsrate. Das die Öffentlichkeit auf so was reagiert, konnten wir in den letzten Jahren bei Lidl, Schlecker, Kik etc. schon mehrmals erleben. Außerdem muss ver.di aus der defensiven Haltung raus kommen. Die Forderungen der Unternehmer müssen durch eigene Forderungen gekontert werden. Warum fordert ver.di



nicht eine bessere Bezahlung von FachverkäuferInnen oder eine generelle Arbeitszeitverkürzung zumindest auf 35 Stunden pro Woche, um der zunehmenden Arbeitsverdichtung entgegen zu wirken? Dazu bedarf es natürlich einer intensiven Diskussion in der Mitgliedschaft. Und vor allem braucht es die Unterstützung der Gesamtorganisation. Das diese sehr zu wünschen übrig lässt, haben die streikenden KollegInnen in den letzten Monaten erleben müssen.

Helmut Born, verdi Linke 29.9.13

Film: J'ai (très) mal au travail

französisch mit deutschen Untertiteln

Ein 90minütiger Dokumentarfilm über die moderne Arbeitsorganisation und ihre Gefahren.

Der Filmemacher Jean-Michel Carré hat mehr als ein Jahr damit zugebracht, das Verhältnis der ArbeiterInnen zu ihrer Arbeit, dem "obskuren Objekt des Hasses und der Begierde" zu untersuchen. In dem Film geht es um die moderne, nach den neuesten Managementmethoden "optimierte" Organisation der Arbeit.

Er zeigt uns die immer weiter voranschreitende Dehumanisierung der Arbeitswelt: Angst vor der Arbeitslosigkeit, Isolation innerhalb des Unternehmens, die Konkurrenz unter den KollegInnen etc. Humorvoll und ironisch montiert « J'ai (très) mal au travail » Interviews mit den ArbeiterInnen mit Ausschnitten aus Werbeclips und Filmen und erzeugt damit ein allarmierendes Portrait der heutigen Arbeitswelt.

Der Film kann hier angeschaut werden:

<http://de.labournet.tv/video/6558/jai-tres-mal-au-travail>



Kollege Wetzel für niedrigere Einstiegsgehälter

Der designierte neue IG Metall-Vorsitzende hat sich in einem Artikel der FAZ vom 26. August 2013 für Gespräche über Einstiegsgehälter offen gezeigt. Er sichert darin zu, dass seine Gewerkschaft bereit sei, „mit den Arbeitgebern über die Einstiegsgehälter des Metall-Tarifs zu reden.“

Und weiter: „Wir verweigern uns keiner Diskussion.“ Allerdings werde dann „nicht nur über das Tarifniveau zu reden sein“. Notwendig sei ein „stimmiges Tarifkonzept für eine zukunftsfähige Metall- und Elektroindustrie in Deutschland“. Dazu zählten „wirksame Regeln gegen ein Umgehen von Tarifverträgen.“

Aus dem Artikel wird deutlich, dass es nicht um niedrigere Tarife für „Einsteiger“ im Sinne von Berufsanfänger/innen geht, sondern um Löhne unterhalb der Entgeltgruppe 1. Denn der Begriff „produktionsnahe Dienstleistung“ umfasst bei einer hochautomatisierten Fertigung die überwältigende Mehrzahl der Beschäftigten: Vielen Logistikbeschäftigten, ProgrammiererInnen, BestückerInnen und InstandhalterInnen steht vielleicht nur noch eine Bedienerin pro Schicht gegenüber. Somit würden diesen „Einstiegs“-Löhne (mit regionalen Unterschieden) bestehende Tarifverträge unterlaufen. Wetzels Aussagen wundern uns nicht nur sehr, sondern wir sind aus nachfolgenden Gründen regelrecht empört.

Den Teufel mit dem Beelzebub austreiben?

Erstens ist uns nicht bekannt, dass irgendwo in der Organisation – auch von Wetzel nicht – diese Frage angesprochen worden wäre. Richtig ist, dass es Diskussionen gibt, wie die Seuche der Werkverträge eingedämmt werden kann.

Zweitens fragen wir uns aber; wie kann ein zweiter Vorsitzender der IG Metall meinen, mit niedrigeren Einstiegsgehältern für eine ganze Beschäftigtengruppe (siehe oben) etwas Positives für die betroffenen KollegInnen in den Betrieben zu tun?

Drittens: Wir können nicht verstehen, wie Kollege Wetzel meinen kann, den Metallunternehmen eine Minimierung und Regelung von Werkverträgen abhaken zu können, indem er ihnen gleich einen neuen Niedriglohnsektor anbietet! Was soll dieses weitere Zugeständnis an das „Standort-Deutschland Denken“ auf Kosten einer ganzen Gruppe von Beschäftigten? Abgesehen davon würde sich dies indirekt auch auf die anderen Beschäftigten auswirken.

Viertens: Eine Minimierung und Regelung von Werkverträgen kann nicht mit der gewerkschaftlichen „Gegenleistung“ eines tariflichen Niedriglohnsektors erreicht werden. Dies wäre ein Widerspruch in sich. Denn mit der Entgeltgruppe 1 gibt es beispielsweise in Baden-Württemberg gerade mal 2075 Euro. Wer so wenig verdient und 45 Jahre lang arbeitet bekommt am Ende (nach heutigem Rentenrecht) noch nicht mal 1060 Euro Rente (brutto) und ist damit schon unter der Grenze der Armutsgefährdung. Wie wenig soll mensch denn noch verdienen? Sollen wir nach dem Willen des Kollegen Wetzel künftig bis 70 arbeiten?

Kollege Wetzels Vorschlag läuft darauf hinaus, den Teufel (Werkverträge) mit dem Beelzebub (niedrigere Einstiegsgehälter) austreiben zu wollen!

Auf der Delegiertenkonferenz der Verwaltungsstelle Stuttgart am 21. September hat der Bezirksleiter von Baden-Württemberg Jörg Hofmann auf einen Redebeitrag zu Wetzels Aussage klar geäußert, dass er keine Löhne unterhalb der EG 1 sieht. Die Lohnspreizung könne nicht weiter ausgedehnt werden. Über ERA sei lange genug verhandelt worden.

Kompensationsgeschäfte statt gewerkschaftlichen Kampfes!

Wir wollen keinen faulen Kuhhandel. Das Potenzial (das heißt die Kampfkraft) der IG Metall ist weitaus größer als z.B. in der letzten Tarifrunde eingesetzt und müsste genutzt werden, um Leiharbeit und Werkverträge konsequent zu bekämpfen. Ein erster Schritt dazu wäre, die Erklärungsfrist für die Unterzeichnung des neuen Leiharbeitsvertrags zu nutzen und diesen nicht zu unterzeichnen.

Darüber hinaus müsste ein Tarifvertrag angestrebt werden, der dieses Instrument zum Unterlaufen der im Betrieb gültigen Tarifverträge unterbindet. Hier könnte die nächste ordentliche Tarifrunde genutzt werden, um ein Gesamtpaket zu schnüren und dafür nicht nur warnzustreiken, sondern auch die Waffe des richtigen Streiks einzusetzen.

Denn Kompensationsgeschäfte sind in den letzten Jahrzehnten immer zuungunsten von uns Beschäftigten ausgegangen! (siehe Pforzheimer Abkommen usw.)

Als ersten Schritt zur Unterstützung dieser Perspektive verweisen wir auf die Unterschriftensammlung für einen offenen Brief an den Kollegen Wetzel, abzurufen unter

<http://www.labournet.de/gewlinke/>

Redaktion Netzwerkinfo

Aktionen bei Mercedes in Bremen gegen Fremdvergabe im Rohbau

Am 1. Oktober hat die 4. Arbeitsniederlegung gegen die geplante Fremdvergabe von Rohbauteilen bei Mercedes, sowie gegen die Verlagerung der Baureihe 238 (Coupé und Cabrio) nach Sindelfingen statt gefunden. Knapp 200 KollegInnen legten die Arbeit nieder. Diesmal waren es 2 1/4 Stunden, da die Kollegen sich nicht abfinden wollten mit einer freundlichen Informationsstunde bei der Werkleitung. Sie marschierten durch das Tor 9, über die Straßen und über die Brücke zum Tor 1. Dabei gab es kurzzeitige Besetzungen einer Kreuzung und der Brücke. Die Aktion war – nach langer Diskussion – Anstoß für den Betriebsrat, endlich mal alle Überstunden für das kommende Wochenende zu streichen. Vorstand und Werkleitung hatten verkündet, dass die Entscheidung für die Fremdvergabe klar wäre. Die Kollegen haben dem entgegen gehalten, dass sie weiter den Kampf führen werden. Nach recht turbulenten Betriebsversammlungen Ende September, war dies die 4. Arbeitsniederlegung seit Ende August gegen die Fremdvergabe von Rohbauteilen.

Weitere Infos unter:

www.labournet.de > **Automobil** > **Daimler** > **Bremen**



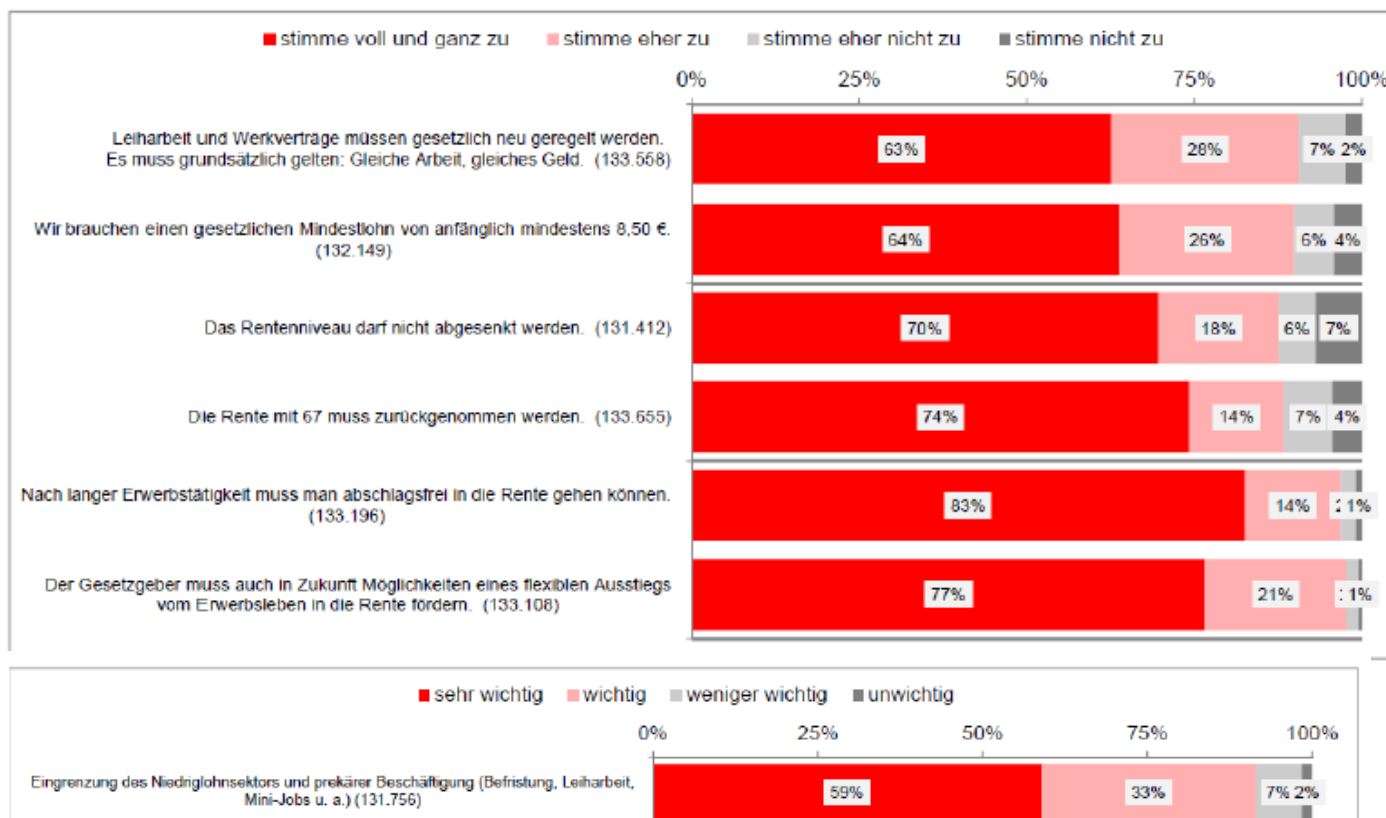
Beschäftigtenbefragung der IG Metall: „Arbeit – sicher und fair“

Über eine halbe Million Beschäftigten beteiligten sich im Frühjahr dieses Jahres an der Beschäftigtenbefragung der IG Metall. Damit ist sie sehr repräsentativ für die Stimmungslage in den Metallbetrieben. Die Ergebnisse liegen jetzt vor. Sie widerspiegeln klar, dass die Gewerkschaftslinken in den vergangenen Jahren an den Themen Druck gemacht haben, die auch den KollegInnen wichtig sind.

So halten es über 90 % der KollegInnen für sehr wichtig bzw. wichtig, dass der Niedriglohnsektor und die prekäre Beschäftigung wie Leiharbeit, Befristung, Minijobs u.a. eingegrenzt werden (siehe Grafik ganz unten) und Leiharbeit und Werkverträge gesetzlich neu geregelt werden muss. Sie wollen gleiches Geld für gleiche Arbeit. Ebenso ist für 90 Prozent ein Mindestlohn wichtig. Dass die Rente mit 67 zurückgenommen werden muss, wollen nach wie vor 88 Prozent. Gegen die Absenkung des Rentenniveaus sprechen sich 88 Prozent aus, und 97 Prozent wollen nach langer Erwerbstätigkeit auch abschlagsfrei in Rente gehen können.

Wir lagen also genau richtig mit unseren Kampagnen und Themen. Wichtig ist jetzt, dass von Seiten der Gewerkschaftsführung jetzt auch entsprechende Aktionen vorbereitet werden, um diese Ziele zu erreichen. Wir als Gewerkschaftslinken können die Ergebnisse nutzen, um entsprechende Maßnahmen einzufordern.

Weitere Infos unter: <http://www.igmetall.de/befragung2013>



Netzwerk-Info Gewerkschaftslinken

...und arm bist Du...

- Rücknahme der Rente mit 67
- Renteneintrittsalter senken
- Altersarmut verhindern

Inhalt	
1. Altersarmut muss nicht sein. In sozialer Sicherheit alt werden!	2
2. Staatlich verordnete Altersarmut.	5
3. Privat versichern?	8
4. Die Demagogie mit der Demografie	10
5. Höhe des Verdienstes für eine armutsfeste Rente	13
6. Zustände wie in Griechenland?	16
7. Die Gewerkschaften sind gefordert	17
8. Millionen sind stärker als Millionäre	19

Neue Broschüre der Gewerkschaftslinken rund um die Rente

Bestellungen über:
Forum gewerkschaftliche Gegenmacht
Nauroder Str. 130
65191 Wiesbaden oder
forum@gewi.de

Preis: 1 Euro plus Versandkosten



LabourNet Germany

Newsletter abonnieren unter:

<http://www.labournet.de/newsletter/>

Treffpunkt für Ungehorsame, mit und ohne Job, basisnah, gesellschaftskritisch
Brancheninfos, Internationales, Interventionen, Politik, Kampagnen, Kooperationspartner und vieles mehr

Impressum:

Sekretariat – Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken

Hans Kroha – Klaus Peter Löwen – Christa Hourani – Christiaan Boissevain

Tel: 06182/782306

E-Mail: HKroha@t-online.de

Redaktionsschluss: 4. Oktober 2013